

Peter Grottian

Chancen einer neuen Dynamik von linken sozialen Bewegungen und Gewerkschaften

Dokumentation der
Veranstaltung
vom 24. November 2007

Impressum

Herausgeber: Verein Linkswärts
Redaktion: Heshmat Tavakoli und Manfred Bartl
Gestaltung: Heshmat Tavakoli
Mainz, Januar 2008

Umschlagbild, hinten:
Plakat zur Veranstaltung

Linkswärts
Mainzer Hefte für eine linke Politik
Heft 5

Peter Grottian

**Chancen einer neuen Dynamik
von linken sozialen Bewegungen
und Gewerkschaften**

Dokumentation der
Veranstaltung
vom 24. November 2007

Herausgeber: Verein Linkswärts

Vorwort der Herausgeber

Am Samstag, den 24. November 2007 hat der Verein „Linkswärts“ als neu gegründeter Verein im Frankfurter Hof eine Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Chancen einer neuer Dynamik von linken sozialen Bewegungen und Gewerkschaften.“ durchgeführt.

Das Thema lag nahe, denn der Verein „Linkswärts“ sieht sich selbst als Teil der linken sozialen Bewegung in Mainz. Er verband mit dieser Veranstaltung die Absicht, über Chancen, Strategien und Aktionsformen von linken sozialen Bewegungen zu reflektieren und dies möglichst gemeinsam mit einem breiten Spektrum außerparlamentarischer linker Gruppen hier in Mainz.

Es ist uns im Vorfeld der Veranstaltung gelungen, eine Reihe von Organisationen für diese Veranstaltung als Unterstützer zu gewinnen: die DfG-VK Mainz, attac Mainz, die AntiFa Nierstein, den Verein für Freiheit und Solidarität e.V. Mainz (Mainz Özgürlik ve Dayanisma Derneği) sowie Attac Campus Mainz.

Wir danken den Vertreterinnen und Vertretern dieser Organisationen für ihre Solidarität und das Vertrauen, das sie uns als neugegründetem Verein entgegengebracht haben.

Als Referenten konnten wir Peter Grottian (Professor am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin, Sozialforum Berlin) gewinnen. Sein Referat wird in diesem Heft dokumentiert. Grundlage für den Text bilden die Filmaufnahmen der Veranstaltung. Wir danken Willfried Jaspers, der die Aufnahmen gemacht und den Beitrag von Peter Grottian verschriftlicht hat, für seine Zeit und seine Mühe, und wir danken Peter Grottian für die nachhaltige Unterstützung sowohl der Veranstaltung als auch der Veröffentlichung seines Beitrages in „Linkswärts – Mainzer Hefte für eine linke Politik“. Er hat nicht nur sein Einverständnis erteilt, den Vortrag aufzuzeichnen und abzdrukken, sondern hat auf unsere Bitte hin selbst die

Durchsicht des auf diese Weise entstandenen Textes besorgt – obwohl er durch seine vielfältigen Aktivitäten dafür kaum die Zeit aufbringen konnte.

Da dies die erste Veranstaltung des Vereins war, hat der Vorsitzende Heshmat Tavakoli in seiner Eröffnungs- und Begrüßungsrede auch einige Worte zum Verein Linkswärts selbst gesagt. Sein Text ist ebenfalls hier abgedruckt.

Wir hoffen, mit diesem Heft eine Grundlage für die weitere Diskussion innerhalb des linken Spektrums in Mainz zur Verfügung zu haben, um die Zusammenarbeit innerhalb der linken Szene in Mainz fördern, um gemeinsam Chancen und Handlungsmöglichkeiten erkennen und weiterzuentwickeln zu können.

Mainz, den 29. Dezember 2007

Verein Linkswärts

Begrüßung und Einführung zum Vortrag

Heshmat Tavakoli

Vorstandsvorsitzender des Vereins Linkswärts

Guten Abend, meine Damen und Herren!
Guten Abend, liebe Freundinnen und Freunde!

Ich darf Sie herzlich begrüßen zur ersten Veranstaltung unseres neu gegründeten Vereins Linkswärts!

Ganz besonders herzlich darf ich unseren Referenten Peter Grottian aus Berlin begrüßen, der heute Abend extra hierher gekommen ist, um uns zu unterstützen!

Peter Grottian ist Professor am Institut für Politikwissenschaften am Otto Suhr Institut in Berlin. Uns in der außerparlamentarischen Szene ist er besonders bekannt als Aktivist der Sozialforumsbewegung, als der er in den letzten Jahren viel bewirken konnte. Vielen Dank, Peter, dass Du heute hier bist!

Neben Peter Grottian sitzt Peter Scherer, Wirtschaftshistoriker und lange Jahre beim Vorstand der IG Metall beschäftigt. Er ist Mitglied von Linkswärts und hat es dankenswerterweise übernommen, im Anschluss an das Referat von Peter Grottian die Diskussion zu leiten.

Für die, die mich nicht kennen, mein Name ist Heshmat Tavkoli. Ich bin Vorsitzender des Vereins Linkswärts. Wir halten als neu gegründeter Verein das Thema von Peter Grottian, „Chancen einer neuen Dynamik von linken sozialen Bewegungen und Gewerkschaften“, für sehr wichtig, um für uns zu klären, in welchem Feld wir handeln und welche Rahmenbedingungen für uns wichtig sind.

Wir hoffen, wir haben zukünftig noch häufiger Gelegenheit, dieses Thema speziell auf Mainz bezogen gemeinsam mit den anderen Gruppen, die in Mainz aktiv sind, zu diskutieren.

Ein großes Spektrum der Mainzer außerparlamentarischen Gruppen hier in Mainz unterstützt diese Veranstaltung heute Abend: Das sind attac Mainz und Attac Campus, die DFG-VK Mainz, der Verein für Freiheit und Solidarität e. V. Mainz und die AntiFa Nierstein.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich bedanke mich für Eure Solidarität und Euer Vertrauen!

Da das hier unsere erste öffentliche Veranstaltung ist, will ich kurz etwas über unseren Verein sagen. Der Verein Linkswärts versteht sich als Teil der außerparlamentarischen linken Bewegungen. Hier in Mainz wird durch unsere Freunde in den einzelnen Gruppen ein großer Teil der Themen, die auch für uns wichtig sind, abgedeckt. Angefangen von der sozialen Frage, Antikriegspolitik, Migrationspolitik, antifaschistische Politik, Privatisierungspolitik und ganz allgemein der Frage der ökonomischen, kulturellen und politischen Partizipation.

Unsere Mitglieder sind deshalb auch in anderen Gruppen aktiv. Trotzdem sind wir überzeugt, dass wir mit der Struktur, die wir mit Linkswärts geschaffen haben, einen Beitrag leisten können, um das Bewusstsein zu stärken, dass die linken Initiativen und Gruppen in Mainz ihre Wirkung verstärken und erfolgreicher sein können, wenn sie kooperieren und ihre Aktivitäten stärker verzahnen.

Mit dieser Veranstaltung gehen wir einen Schritt in diese Richtung. Wir haben einen Anfang gemacht.

Mit unserem Vereinsheft „Linkswärts – Mainzer Hefte für eine linke Politik“ wollen wir nicht nur diese Veranstaltung dokumentieren. Wir wollen, soweit das angenommen wird, auch eine Plattform zur Dokumentation der Debatten und theoretischen Reflexion der linken Gruppen in Mainz anbieten.

Auch unsere Webseite soll sich nicht auf unsere eigenen Aktivitäten und Anliegen beschränken, sondern soll sukzessive so ausgebaut werden, dass sie die Anliegen und Aktionen des ganzen Spektrums in Mainz dokumentiert. Das sind jetzt kurz skizziert die Vorstellungen von den Aktivitäten, die wir innerhalb von Mainz voranbringen wollen.

Diese Veranstaltung soll den Auftakt unserer Aktivitäten in Mainz bilden. Nicht zufällig beschäftigen wir uns heute mit einem Thema, das für viele außerparlamentarische Gruppen interessant ist.

Dass wir Peter Grottian, der in den außerparlamentarischen Gruppen großen Respekt genießt, hier haben können, freut uns deshalb auch besonders.

Peter Grottian hat das Wort:

Peter Grottian

Chancen einer neuen Dynamik von linken sozialen Bewegungen und Gewerkschaften

Transkript der frei gehaltenen Rede vom 24. November 2007

Transkription: Willfried Jaspers
Edition: Manfred Bartl

Zunächst bedanke ich mich für den freundlichen Empfang. Ich halte es durchaus nicht für selbstverständlich, dass ihr am Samstagabend zu einem solchen Vortrag und zu einer solchen Diskussion kommt, und nehme sehr ernst, dass ihr offenkundig das angekündigte Thema einigermaßen spannend findet: weil wir alle den Eindruck haben, oder zumindest hoffen, dass anhand von bestimmten Entwicklungen sich neue Dynamiken zwischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE tatsächlich entwickeln.

Ich muss gestehen, dass ich von Herzen und auch aus dem Bauch heraus ein außerparlamentarischer Kopf bin, und so werde ich dies ins Zentrum rücken. Aber ich will auch versuchen, die Rolle der Gewerkschaften und der Partei Die LINKE klar zu machen, weil auf ihnen viel Hoffnung liegt.

Es gibt vielfältige Hoffnungen

Wo gibt es Hoffnungspunkte? Ich fange mit ganz Aktuellem an. Wer hätte vor fünf Monaten von unserer Seite angenommen, dass eine mutige kleine Gewerkschaft die Stirn hat, bei den Auseinandersetzungen über Lohn und Humanisierung von Arbeitsbedingungen so einen scharfen Ritt vorzuführen, wie es die GDL macht? Man kann bei der Frage, ob ein eigenständiger Tarifvertrag notwendig ist,

natürlich geteilter Meinung sein. Möglicherweise sind viele im Raum, die sagen, das verstehe ich auch nicht so genau, warum es *daran* hängt. Aber ich finde, dass die GDL überhaupt *versucht*, einen Ausbruch nach oben zu machen, indem sie Lohnforderungen stellt, die normalerweise in diesem Land des Neoliberalismus, der Privatisierung und des Niedriglohns unverschämt klingen, und sie *gleichwohl* diese Forderungen stellt, wird andere Gewerkschaften – wir haben demnächst die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst vor der Tür – erheblich Beine machen, wenn dieser Abschluss denn gelingt. Es gibt durchaus, ich will das allerdings nicht überbewerten, Hoffnungen, dass Gewerkschaftsbewegungen aus Abschlussritualen wie etwa bei der Telekom (mehr arbeiten – weniger verdienen) bald herauskommen. Wir stehen möglicherweise vor einer Situation, dass in 10 oder 14 Tagen ein Abschluss zustande kommt, der versucht, erhebliche Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeits- und Lebenssituation der Lokomotivführer zu kombinieren, dass möglicherweise sogar die drei Gewerkschaften sich in einiger Zeit wieder aufeinander zubewegen können. Denn der Kampf der GDL ist nur verständlich, wenn man sich klar macht, dass der Ausbruchsversuch nach oben, den sie im Moment unternimmt, dem mangelnden und nivellierenden Verhältnis der Gewerkschaften untereinander zuzuschreiben ist. Die GDL hat schon öfters Versuche gemacht, bei TRANSNET bestimmte Bedingungen einzuklagen. Aber da ließ TRANSNET relativ wenige Möglichkeiten, weil, etwas spitz formuliert, dem Kollegen Hansen der Schoß von Herrn Mehdorn und das geneigte Ohr von Herrn Mehdorn offenkundig wichtiger waren, als vielleicht einmal die Stärken der Gewerkschaftsbewegung auszuprobieren.

Hoffnung Nr. 2 ist, dass wir mit der globalisierungskritischen Bewegung in Rostock und Heiligendamm mit Sicherheit zumindest einen *Teilerfolg* erzielt haben. Aber was, werden sich diejenigen, die heute von attac hier sind, bohrend fragen, was kommt nach Heiligendamm? Was kommt nach Rostock? Haben wir denn wirklich etwas zum Nachlegen? Oder haben wir gar nichts zum Nachlegen? Das berührt uns sehr stark, aber wir können sagen, trotz der Demonstration an jenem Sonntag, des Distanzierungs-

rituals, das es hinterher, auch von Seiten von attac, gab, hat es eine neue Protestgeneration von etwa 16- bis 30-Jährigen, die an der Demonstration mit bis zu 60 oder 70 % vertreten war, sehr ermutigt. Zugleich hat es uns auch etwas aufgegeben, was – wenn ich an die Älteren denke, einschließlich mir – natürlich auch etwas irritierend ist, nämlich, dass diese jüngere Generation von Protestlerinnen und Protestlern im Grunde genommen weiß, was sie möglicherweise verändern will und warum sie eine andere Welt versuchen will in bescheidenen Schritten zu schaffen. Aber das hat uns, glaube ich, alle irritiert, dass sie mit diesen etablierten Organisationen – egal ob es etablierte Bewegungen sind oder auch attac oder Gewerkschaften oder Jugendverbände – eigentlich nichts am Hut hat, dass die ihnen als Bezugspunkte für weitere Aktivitäten gar nicht wichtig sind. Irritierend! Aber ernst zu nehmen!

Und Hoffnung auch, ich war ja hier in Mainz bei dem Versuch von euch, dass ihr bei der Frage Hartz IV und für die Hartz-Kampagnen einiges auf die Beine stellt. Wie ich gehört habe, ist das nicht so optimal verlaufen, aber man muss als Hoffnung, auch wenn inzwischen ein bisschen vergilbt und verblasst, auch sagen, dass eine Sozialprotestbewegung zu Hartz IV sich überhaupt entwickelt hat – mehr im Osten, als im Westen, und in Mainz als ziemlich kleines Blümchen, wie ich weiß – dass sich das überhaupt als Protest entwickelt, war doch im Grunde genommen eine deutsche Überraschung. Denn ihr dürft nicht vergessen, Sozialprotest außerhalb der Gewerkschaften gab es eigentlich zu keiner Zeit, außer einzelnen Protesten in Nordrheinwestfalen in den 70er und 80er Jahren oder bei Schließungen einzelner Werke wie in Rheinhausen und ähnlichem. Dass da 230 000 Leute auf die Straße gehen, dass sie sagen: Wir machen es selbst! Wir sind nicht von ver.di oder der IG Metall abhängig oder von der Linkspartei! Wir sind zwar froh, wenn die uns ein bisschen Geld zuschieben und möglicherweise auch eine Lautsprecheranlage hinstellen, das werden wir schon nehmen; aber der Versuch, es auch selbst zu *organisieren*, war für deutsche Verhältnisse doch relativ gut. Ich weiß, dass viele von euch möglicherweise sagen: Wir wollen endlich mal französische Verhältnisse! Aber seid mal ehrlich

mit den französischen Verhältnissen! Denkt daran, die Franzosen sind im Organisieren des Protestes von Studierenden, von Gewerkschaften, von Linksparteien hervorragend. Aber nach drei oder fünf Wochen fragt sich der geneigte Betrachter: Was ist denn dabei herausgekommen? Was ist denn für die Betroffenen dabei herausgekommen? Dann stellt man fest, dass die Erwartungen doch ziemlich kleinmünzig und ziemlich klein realisiert wurden. Und in Italien ist es durchaus möglich, dass man 1,4 Millionen auf die Straße bekommt oder auch zwei Millionen, aber auch dort sind die Verbesserungen für die Betroffenen oft marginal. Deswegen muss man bei diesen Bewegungen in Frankreich und Italien fragen, was sie für die Betroffenen erreicht haben. Und man muss auch kritisch sagen, dass eine Aushandlungsmacht mit den Herrschenden zugunsten von Betroffenen in nur sehr schwachen Maße realisiert worden ist.

Wenn das die Hoffnungen sind, mit denen wir herumspazieren, dann müssten wir versuchen zu prüfen, wie das im Einzelnen aussieht, und dass – wo bei jeder Versammlung, egal ob bei attac oder der Partei DIE LINKE oder auch in sozialen Bewegungen immer reichlich Applausübergereicht wird – soziale Bewegungen und DIE LINKE und Gewerkschaften eine Dynamik entfalten müssen, dass sie ohne eine Dynamik gar nicht auskommen. Nur wenn dieses Zusammenspiel, diese Trias von Institutionen und Bewegungen, sich auch qualitativ dynamisiert, dann könnten wir davon reden, dass tatsächlich etwas passiert, was eine andere Qualität hat in den Auseinandersetzungen.

Sozialen Bewegungen fehlt der Radikalitätsstachel

Fangen wir mal mit den sozialen Bewegungen an. Ich will niemandem auf die Füße treten, aber meine These ist zunächst, dass die sozialen Bewegungen von ihren Forderungen her relativ gut aufgestellt sind, dass sie sich aber in ihrer Selbstorganisation und vor allen Dingen in ihren Konflikt- und Protestmethoden ausgesprochen zahm und lieb organisiert haben und dass das vor Heiligendamm und vor Rostock eigentlich schon erkennbar war und das, was wir jetzt im Moment erleben, eigentlich der Tatsache geschuldet ist, dass die sozialen Bewegungen vor Rostock

und Heiligendamm in einem vergleichbar schlechten Zustand gewesen sind und dies durch Heiligendamm und diesen Event erheblich überdeckt wird. Und dass die Ratlosigkeit, die im Moment regiert, diesem Verdeckungsmechanismus in vielerlei Hinsicht geschuldet ist und es von daher auch verständlich wird, warum soziale Bewegungen im Moment in so einer Situation des Such- und Orientierungsprozesses sind, um sich wie auch immer neu auszurichten.

Wenn man, das kann ich jetzt nicht insgesamt abfrühstücken, sich anschaut, was soziale Bewegungen zu bieten haben, auch im Verhältnis zu anderen Bewegungen, dann stellt sich auf verschiedensten Feldern heraus: Eigentlich sind die ganz gut aufgestellt. Im sozialen und Arbeitsmarktbereich ist es nicht so, dass die ungeheuren Vorstellungen der Großen Koalition uns in irgendeiner Weise vom Sockel reißen könnten. Dass eine SPD in irgendeiner Weise eine leichte Korrektur des ALG I vorsieht, wird bei uns ein mildes Lächeln hervorrufen, solange man die Hartz-IV-Logik nicht insgesamt ändert. Weil wir wahrscheinlich alle in diesem Raum der Meinung sind, die wir auch hier beim Protest gegenüber Beck vertreten haben: *Von 347 € kann kein Mensch vernünftig leben!* Und solange eine Partei wie die SPD nicht einmal auf einem Parteitag ernsthaft darüber diskutiert, dass man zwar möglicherweise ALG I verbessert, aber dass man die Frage: Was ist mit Menschen ohne Erwerbsarbeit? Die müssen auch aufrechten Ganges leben! Dass man das noch nicht einmal *diskutiert*, haben wir bei einem Protest in Berlin vor dem Willy-Brandt-Haus neulich aufgezeigt: Wir haben in großen Lettern riesige Plakate installiert, wo wir gesagt haben: *So, wie sie jetzt ist, ist die Partei SPD überflüssig!* Denn all das, was sie durch ihre Geschichte und Tradition reklamiert, ist inzwischen im Grund genommen neoliberal verflüssigt. Dass eine Sozialdemokratische Partei sich gar keine Gedanken mehr darüber macht, wie ein Mensch von 347 € leben kann, das ist schon die Perfidie der Sozialdemokratie.

Gut, wir haben als soziale Bewegung auf diesem Feld schon so einiges zu bieten. Ich glaube, dass der Kampf der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen über die

Frage Mindesteinkommen – egal, ob man jetzt sagt 7,50 € oder, wie wir sagen: unter 9,- oder 10,-€ ist das wenig sinnvoll; diese Differenzen lasse ich mal beiseite – über den Mindestlohn *kann* man sich verständigen! Und wenn selbst der Arbeitgeberverband von Großbritannien sagt, es hat im Grunde genommen keine negative Auswirkung auf die Konjunktur, könnte die Große Koalition darüber mal überlegen, dass die deutsche Wirtschaft und der Standortwettbewerb sich nicht geradezu auflösen werden, wenn der Mindestlohn eingeführt wird. Also da haben wir was!

Die Frage von Mindestsicherungen kann ich hier nur ganz knapp ausführen, inwiefern die sozialen Bewegungen sich auf Mindestsicherungen wie 420 € einlassen können, und das haben sie gerade in den Diskussionen auf dem Parteitag der Grünen, das haben sie auch beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, ist eine Zielgröße, von der man in den sozialen Bewegungen auch sagen kann – und deshalb akzeptieren wir das auch nicht: Von 420 € kann *auch* keine Sau leben! Wir reden auch nicht über die 208 € , die es für Kinder gibt, obwohl die Krokodilstränen für diese armen Kinder unübersehbar sind. Nach dem Motto: Gegen Kinder, um Gottes Willen, können wir ja nicht sein! Sondern im Verhältnis von Kinderarmut und Kinderregelsatz und Regelsatz normal so auf ein Niveau zu steigern, dass die Betroffenen auch ohne Erwerbsarbeit aufrechten Ganges durch die Gesellschaft gehen können und nicht nur darüber nachdenken, dass sie demnächst durch Zwangsumzüge herauskatapultiert werden, nicht darüber nachdenken, dass sie in Vorschriften und Fragebögen 17 bis 21 Seiten lang gequält werden, und überlegen müssen, ob die Kommode von der Oma vielleicht anzugeben ist. Es geht also nicht nur um Geld. Es geht auch um Repression! Es geht um stiefeltreterische Politik in diesem Sektor, dass Menschen drangsaliert werden, und ich sage in diesem Kreis nichts großartig Neues, dass diese Repressanda, das ist keine Agenda, die unterdrückt, die Menschen zurichtet und sie eben genau *nicht* ermutigt, außer irgendwelchen komischen Akteuren der Sozialverwaltung, die meinen, dass man damit was anfangen kann, also, es geht um die Höhe und die

Abschaffung von Repression. Deswegen sagen wir von den sozialen Bewegungen: 500,- € sind das Mindeste, was passieren muss, wenn man einigermaßen überleben will, plus den Kosten, die zu Unterkunft und Energiekosten dazu kommen. Das wäre schon wichtig. Die Hartz-Logik muss durchbrochen werden! Ob man das in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens ausbuchstabieren muss, ist eher eine strategische Frage. Wenn unsere Kampfeslust zur Besetzung von Arbeitsagenturen und Attacken auf entsprechende Politiker oder für andere Formen von zuspitzenden Demonstrationen noch nicht einmal dazu ausreicht, Regelsätze zu ändern, dann muss man sich fragen, inwiefern die Frage des bedingungslosen Grundeinkommens – soviel Sympathie man auch immer dafür haben kann – eigentlich eine solche Herkulestat gesellschaftlicher Veränderungen ist, dass man sie ziemlich sicher nicht vor dem Jahr 2017 bewältigen wird. Und dann muss man sich auf eine Debatte über die Zwischenstufen einlassen, die auf dem Weg dorthin einzurichten sind. Aber zunächst muss man die konkrete Situation der Betroffenen so verbessern, dass die materiellen Hilfen anders aussehen und dass die Repression aus Hartz IV herauskommt. Das ist das Wichtigste, was in den nächsten zwei Jahren passieren muss! Das andere halte ich für relativ unrealistisch, obwohl ich durchaus damit sympathisiere.

Wir sind bei der Frage Grundsicherung und Grundeinkommen, bei der Frage der materiellen Versorgung, der Frage der Mindestlöhne und vor allem bei der Frage der Mindestlöhne mit den Gewerkschaften, eigentlich nicht weit entfernt. Bei der Frage Grundeinkommen gibt es erhebliche Unterschiede. Und natürlich bei der Frage, wie viel Arbeitszeitverkürzung, also solidarische Arbeitsumverteilung notwendig ist, ob über Geschlechterdemokratie Teilhabe von Arbeit anders definiert wird, dann mit erheblich anderen Möglichkeiten. Ob man dann sogar an dem Begriff von Erwerbsarbeit, wie viele von uns vertreten, so viel ändern muss, dass man den Menschen überhaupt andere Möglichkeiten anbietet als die, die ihnen im Moment angeboten werden. Im Moment gibt es nur das Angebot *Mensch, du musst dich rechnen!* Und ob dieser Mensch Qualifikationen hat, die gesellschaftlich sinnvolle Arbeit

bedeuten, egal ob als Märchenerzählerin von Naumburg oder als jüngerer Aktivist bei Mainz 05 als Fan-Begleiter oder in einem kulturellen oder ökologischen Projekt – das muss eigentlich unser Ziel sein! Wir müssen eine Grundsicherung haben, mit der ohne Erwerbsarbeit aufrechten Ganges gelebt werden kann, und wir müssen das Angebot an Erwerbsarbeit durch gesellschaftlich sinnvolle Arbeit systematisch erweitern. Dazu gehört auch, dass der Kampf im Öffentlichen Dienst nicht nur um 5,5 oder 6,5 Prozent geführt wird, sondern wir auch die Chance bekommen, den Öffentlichen Dienst bei ausweitbaren Bedingungen auszuweiten. Da muss der Kampf hin! Es geht um Löhne und Arbeitszeiten. Aber es geht auch darum, dass, egal ob in Altenarbeit, ob bei Jugendprojekten in Mainz oder anderswo, wo viel gestrichen worden ist, wieder zusätzliche öffentliche Dienstleistungen, auch in anderer Trägerschaft, in irgendeiner Form gefördert werden müssen. Also, wir haben auf diesem Feld zumindest einiges zu bieten.

Die Courage in den vollen Hosen?

Insofern muss man sich fragen: Wieso kommt das eigentlich nicht zum Zug? Und das liegt, glaube ich, daran, dass man ganz nüchtern feststellen muss, dass die Bereitschaft der Menschen, sich politisch zu wehren, nicht etwa gesunken ist, sie sich aber weitgehend auf traditionelle Formen reduziert. Und wenn außerparlamentarische Bewegungen, egal ob Sozialbewegungen, Ökologie oder andere Bewegungen, ihre eigensten Protest- und Konfliktmittel der Provokation, der Besetzung, der Schließung nicht üben und nicht praktizieren, dann geht der provozierende Charakter von neuen sozialen Bewegungen ganz schnell den Bach runter und werden die Herrschenden sehr schnell sehen, dass diese sozialen Bewegungen ganz nette Alternativen haben, dass es aber, wenn den Herrschenden noch nicht einmal auf die Zehen getreten wird, geschweige denn vors Schienbein, ganz schwierig ist, einen gesellschaftlichen Konflikt vom Zaun zu brechen.

Wenn man das jetzt mal als generelle Frage aufzugreifen versucht. Die These war: Wir sind programmatisch ganz gut aufgestellt, wir haben einiges zu bieten, Alternativen sind

eigentlich gar nicht so schlecht, ich hab das exemplarisch auf dem Sozial- und Arbeitsmarktsektor vorzuführen versucht, aber es fehlt der Stachel im Fleisch. Und die Bereitschaft dafür ist meiner Meinung nach eher gesunken, weil, vor allem spüre ich das in Ostdeutschland, noch stärker als im Westen, weil man resümiert, wir haben jetzt 224 Montagsdemonstrationen gemacht und damit kommen wir offenkundig nicht weiter. Aber wenn dann die Diskussion losgeht: Machen wir Regelverletzungen?, Besetzen wir die Arbeitsagentur, die uns so hündisch behandelt?, dann sind die auf einer Demonstration immer ganz begeistert. Aber wenn es darum geht, das gilt für euch hier möglicherweise auch, wenn es darum geht, es, wie in Köln unlängst geschehen, tatsächlich zu machen, dann wird es sehr viel schwieriger. Und ich sage als Hochschullehrer noch einmal ganz bewusst, mit Studentinnen und Studenten Schwarzfahraktionen zu machen, also aufzurufen, dass man schwarzfährt und es den Leuten sogar ersetzt, wenn sie erwischt werden, und die Kontrolleure der Kontrolleure ganz fix kontrolliert haben, und zwar, wie in Berlin geschehen, dass die gar nicht mehr dazu gekommen sind, die Straftickets auszustellen – paar hundert Euro oder paar Tausend Euro haben wir schon bezahlen müssen – das ist heute mit StudentInnen der Freien Universität – von der Mainzer will ich gar nicht reden – nicht mehr zu machen. Es hängt an vielen Sachen, die ich hier nicht großartig erklären will, aber ich will sagen, das, was uns als außerparlamentarische Bewegung ausgezeichnet hat, nämlich immer die Kombination von Wir haben Alternativen! und Das Herrschende muss nicht hingenommen werden!, aber gleichzeitig auch die Vorstellung Wir tun euch weh! und Ihr müsst euch mit dem, was wir hier produzieren, auseinandersetzen! ist zu einer lahmen Ente verkommen. Und wir können das auch bei Heiligendamm sehen.

Heiligendamm war die erfolgreiche Verteidigung des Demonstrationsrechts

Ich war vier Tage in Rostock und Heiligendamm. Wir können wirklich sagen, dass Heiligendamm insgesamt für

die globalisierungskritische Bewegung oder auch für andere Bewegungen ein Erfolg gewesen ist. Aber es täuscht darüber hinweg, dass die Radikalität sich weitgehend darin erschöpft hat, durch die Felder zu laufen, Fahnen zu schwingen und es dann toll zu finden, wenn man am Zaun landet und demonstriert hat, dass man demonstriert hat. Viel mehr als das ist es nicht gewesen! Ich will das gar nicht runtermachen, aber wenn man kapitalismuskritische Initiativen hat, die im Vorfeld diskutiert wurden, wäre es ganz gut gewesen, dass die Studenten den Bertelsmann-Konzern mal richtig an die Kandare nehmen, dann wäre es ganz gut gewesen, den Siemens-Konzern mit seinen Machenschaften, egal ob Korruption oder andere Sachen, zu attackieren, oder auch Daimler oder wen auch immer. Aber die Gleichzeitigkeit zu haben zwischen Heiligendamm und Rostock, aber auch exemplarisch vorzuführen, was Sache ist, ist klar. Und ihr müsst schon, glaube ich, nachvollziehen, dass wir auch durch Rostock und Heiligendamm ein bisschen auf die Position zurückgeworfen worden sind, zu beweisen, dass wir das Recht zum Demonstrieren haben. Das ist die Wahrheit über Heiligendamm und Rostock. Wir waren ja schon *glücklich*, dass wir dann demonstrieren durften! Das heißt, die ganze Frage der Inhalte und der Alternativen wurde weggedrückt. Die Frage Was ist hinter dem Protest? wurde weggedrückt. Wir waren in der Bürgerrechtsposition der Bürgerinnen und Bürger, die ihr Recht einklagen wollten, dass sie überhaupt demonstrieren können, sollen, wollen. Und das ist natürlich zu wenig. Ich finde gerade die Leistung von attac, in diesem Prozess ein Scharnier zu sein zwischen den radikaleren Gruppen und den weniger radikalen Gruppen, das war schon eine gute Leistung, gar keine Frage, obwohl, wer ein bisschen Insider ist, schon gemerkt hat, dass der Vorbereitungsprozess von den daran beteiligten Personen ein bisschen schmal gelaufen ist. So demokratisch von unten war es auch nicht unbedingt. Aber das lief alles eigentlich ganz gut. Wir sind jetzt jedoch in einer Phase, in der – nach Rostock und Heiligendamm – auch einiges passiert ist. Attac hat seine Scharnierrolle ein bisschen verspielt, schlicht und einfach deshalb, weil attac, zumindest einige Akteure von attac, sich unnötigerweise von diesen angeblich oder tatsächlich Radikalen unglaublich

distanziert hat, und zwar mit dem Argument, dass man sonst gegenüber den Medien nicht mehr *gesprächsfähig* sein würde. Das ist eigentlich das Ende jeglicher linker Politik! Man muss die Gewalttaten aus Demonstrationen nicht bejubeln oder rechtfertigen, aber diese Form von Distanzierungsritual hat auf der Seite der radikalen Linken viel Porzellan zerdeppert, was im Grunde genommen unnötig war. Man muss auch mal das Maul halten können, wenn irgendwelche ARDs und ZDFs, geschweige denn die von RTL und SAT 1, einem die Mikrophone hinhalten und man sich dann gleich genötigt sieht, sich zu distanzieren.

Ich hatte vorhin die These aufgestellt, dass die sozialen Bewegungen schon vor Rostock und Heiligendamm relativ schwach waren. Wie sieht das denn dann heute aus mit diesen Bewegungen? Nach Rostock und Heiligendamm herrscht relative Ratlosigkeit. Ich sage bewusst, die etablierten sozialen Bewegungen sind in ihrem Sortierprozess noch nicht sehr weit, und vor allen Dingen, wir wissen sehr wenig, wie sich die etwas radikaleren jungen Leute der Altersgruppe von 16 bis 30 organisieren. In Berlin findet vom 16. bis 18. Januar von der Camp-AG ein Auseinandersetzungsprozess statt, im Juni 2008 soll es wahrscheinlich auch ein Klimacamp geben, um die Klimafrage als weitgespanntes Thema vorzubereiten. Aber wir sind gut beraten, uns auf einen sehr anstrengenden und mühsamen Prozess vorzubereiten, der von den etablierten sozialen Bewegungen, zu denen ich mich auch zähle, und den jungen Leuten erst einmal Diskussionsprozesse über die Zukunft und wie man sie gestalten könnte abverlangt. Die Themen liegen eigentlich auf der Hand und attac ist an zwei Themen schon kräftig dran: Die Antiprivatisierungskampagne, habe ich den Eindruck, hat attac wirklich gut gemacht, sodass das ganze Projekt Bahnprivatisierung kippt. Und attac ist im Begriff, bei der Frage Energiewirtschaft einiges vom Zaun zu brechen, wo noch einiges unklar ist, weil es in der Vorbereitung ist. Das sind zumindest zwei wichtige Politikfelder.

Bei den Sozialprotesten würde ich im Moment sagen, ist es in nächster Zeit relativ unwahrscheinlich, dass überhaupt etwas in Gang kommt. Wir haben dermaßen große Mühen, Sozialproteste, sei es der bei der Arbeitsagentur in Köln,

überhaupt vom Zaun zu brechen, oder auch symbolische und regelverletzende Aktionen, die derzeit auch bundesweit aufgenommen werden, entsprechend irgendwie zu platzieren. Aber es gibt auch andere Bereiche, wie exemplarische Konflikte über Privatisierungen, egal ob Verkehrsbetriebe oder auch Wasser – auch in diese Richtung vorzustößen sind wir gut beraten. Und natürlich gibt es die Frage der globalen sozialen Rechte, zuvorderst aus europäischer Perspektive, wo wir unsere Proteste gegen die Bolkestein-Richtlinie [zur EU-weiten Liberalisierung der Dienstleistungen] und anderes versucht haben zu transportieren, sie unter dem Gesichtspunkt von europäischen oder globalen sozialen Standards entsprechend tatsächlich politisch zuzuspitzen. Aber nehmt bitte auch wahr, dass die Vorbereitung des so genannten Global Action Day am 26. Januar in Europa, in Südamerika, in Afrika, in Asien und USA [Das Weltsozialforum findet auf Beschluss des Internationalen Rats im Jahr 2008 als globaler Aktionstag mit lokalen Aktionen statt.], in Europa, außer den Protesten bei den Airbase in Piacenza, schlecht bis völlig miserabel vorbereitet ist. Das Weltsozialforum und das Europäische Sozialforum (ESF) sind in der Frage des politischen Raums und der Frage, was sich aus dem politischen Raum für Aktivitäten ergeben, die man dann in Belgien, Frankreich, Italien und Deutschland auch gemeinsam machen könnte, auf einem ziemlich miserablen Stand. Der Global Action Day wird, so ist jedenfalls meine Einschätzung, in Deutschland am 26. Januar 2008 noch nicht einmal stattfinden. Vielleicht merken es die anderen nicht so genau. Aber es ist schon ein Ausdruck dafür, dass das, was mit Porto Allegre an Optimismen gelaufen ist, nicht sehr weit tragen könnte und dass das Verhältnis von politischem Raum, in dem sehr viel diskutiert wird, und der Frage, wie man versucht dies runterzubrechen auf Europa, auf Nationalstaaten, auf Regionen und lokale Verhältnisse, relativ schlecht geklärt ist.

Und noch einmal, es geht eben nicht nur um die Frage, ob man programmatisch etwas anzubieten hat, sondern es geht auch um die Frage, ob man gleichzeitig regelverletzende oder zivile Ungehorsamsformen praktiziert und

sie auch durchzieht, um den gewollten gesellschaftlichen Konflikt in Gang zu setzen.

attac-Rolle klärungsbedürftig

Ihr seht an dieser Diagnose, dass es durchaus Chancen und Möglichkeiten gibt und dass bestimmte Gruppen besonders herausgefordert sind. Attac muss sich schon entscheiden, ob es demnächst eine Bewegung der gesellschaftlichen Mitte wird, stark vernetzt und in Umarmung mit Heiner Geißler, oder ob attac sich unter dem Gesichtspunkt der Kampagnen, die man sich vorgenommen hat, doch als eine „linkere“ Organisation sieht. Der Kampf ist nach meiner Beobachtung auf der Sommerakademie 2007 in Fulda oder was zuletzt in Gladbeck gelaufen ist, unentschieden. Das Verhalten in Heiligendamm und Rostock belehrt darüber, dass man nicht gleichzeitig der Liebling sein und radikal reden kann. Das geht nicht zusammen, da muss man sich schon entscheiden. Aber ich halte es für ganz zentral wichtig, wie dieser Entwicklungsprozess von attac im nächsten halben Jahr voranschreitet, weil attac für die Verbindung globale soziale Rechte – europäische soziale Rechte (das findet ja auch eine Entsprechung bei dieser europäischen Sommerakademie 2008 in Saarbrücken) und wie Allianzen auf den Weg gebracht werden, wichtig ist. Die Sozialproteste brauchen attac – attac braucht auch die Sozialproteste, obwohl ich nicht genau weiß, inwiefern vor dem Mittelstandsbias von attac die soziale Frage, sei es europäisch oder auch zusammen mit den Sozialprotesten, angemessen ernst genommen wird.

Wenn man das jetzt versucht zu resümieren, dann lautet das Zwischenfazit etwa: Wir sind mit unseren Alternativen, egal ob bei Ökologie oder bei anderen Fragen, recht gut aufgestellt, aber wir praktizieren als Hausaufgaben nicht die Protest- und Konfliktmittel, die wir als soziale Bewegung gelernt haben und die neu praktiziert werden müssen, wenn wir gesellschaftliche Konflikte haben.

Gewerkschaften vor einem neuen Distanzierungsprozess?

Wenn man jetzt die Gewerkschaften anguckt, zu denen ich einzelne Berührungspunkte schon genannt habe, dann wird zunächst einmal überraschen, dass ich bei den Gewerkschaften einen Annäherungsprozess an die sozialen Bewegungen in der Richtung sehe, dass die Gewerkschaften zunächst einmal über ihren Distanzierungsprozess zur Sozialdemokratie ein höheres Maß an Autonomie gewinnen. Wenn man heute die Basis von ver.di und IG Metall darüber befragen würde, inwiefern die Sozialdemokratie noch die Leitpartei ist, von der sie erhoffen, dass die SPD für sie was tut, dann würde ich vermuten, dass die Gewerkschaftsbasis schon sehr viel weiter ist als die Gewerkschaftsführung, nämlich distanziert zur SPD steht. Damit muss nicht einhergehen, dass sie mit der Partei DIE LINKE nun einen neuen Adressaten finden. Es könnte, darin sehe ich die Chance, dazu führen, dass die Gewerkschaftsbewegung autonomer wird und damit anders bündnisfähig wird, als das bisher der Fall war. Die Fälle Norwegen und Holland weisen deutlich darauf hin, dass im Zusammenspiel von Linkspartei und Gewerkschaften der Distanzierungsprozess zur klassischen Sozialdemokratie dazu geführt hat, dass die jeweils linke Partei an Kraft gewonnen hat. Und gleichzeitig die Sozialdemokratie so unter Druck gesetzt hat, dass sie zu erheblichen Zugeständnissen bereit sein musste. Auf uns angewendet, es nicht dabei zu belassen, irgendwie einer Sozialdemokratie, die beim ALG I ein bisschen was verändert hat und dann in der Koalition mit der CDU noch ein bisschen weniger verändert hat, auf den Leim geht. Sondern die Grundsätzlichkeit zu verlangen, die dann zu einer produktiven Auseinandersetzung entsprechend führt. Meine These ist, dass Gewerkschaften durch den Distanzierungsprozess ein höheres Maß an Autonomie gewinnen, das natürlich ungleichzeitig ist. Wer von den Gewerkschaften in dieser Richtung am meisten unter Druck gerät, unter dem Gesichtspunkt Privatisierung oder Tarifforderung, wird demnächst ver.di sein, und zwar durch die GDL ein bisschen geschubst. Wir werden sehen, was dabei herauskommen kann und wie es sich verhält.

Oder nur das Interesse an sich selbst?

Wenn man schaut, wie sich die Berührungspunkte zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften wirklich verbessert haben, dann muss man ganz brutal sagen, die Gewerkschaften haben weitgehend im Interesse an sich selbst gehandelt. Für sie sind soziale Bewegungen nicht besonders wichtig. Das ändert auch nichts daran, dass die IG Metall in Frankfurt ein Büro für die Koordination mit sozialen Bewegungen eingerichtet hat und Horst Schmitthenner einer der IG Metalller ist, der sich darum sehr bemüht. Faktisch spielen sie in der Auseinandersetzung keine große Rolle. Bei ver.di ist es nicht sehr viel besser, obwohl Frank Bsirske schon auf das Sozialforum nach Cottbus geht und dort auch redet und diskutiert, aber auch da gibt es die Auseinandersetzung nicht. Sie kann eigentlich nur belebt werden, wenn dann auch in den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst die Möglichkeit der Kombination von Tarifaussensatzung klassischen Stils und die Frage der Ausweitung des Öffentlichen Dienstes auch durch Tarifverhandlungen auf die Tagesordnung kommt. Warum sollte es nicht eine vernünftige Lohn- und Gehaltsforderung von 6 oder 8 Prozent geben? Und warum sollten wir nicht anregen, dass dann 1 Prozentpunkt der 6 oder 8 Prozent in die Neuanschaffung von Arbeitsplätzen fließt, also die Frage solidarische Arbeitsumverteilung mitgedacht wird, einschließlich der Tatsache, dass wir abwehren müssen, was die Kommunen in Mainz oder Saarbrücken oder wie auch immer im Kopfe haben, nämlich die Arbeitszeitverlängerung auf 41 Stunden zu stemmen?! Das genau dürfte nicht passieren! Aber den Kampf und die Auseinandersetzung darüber, so ist auch das Angebot z. B. an Frank Bsirske, das müssen wir schon gemeinsam machen. Auch den sozialen Bewegungen kann nicht egal sein, ob in Bereichen des Öffentlichen Dienstes, wo wir die Notwendigkeit öffentlicher Dienstleistungen betonen sollen, diese ständig weiter abgebaut werden. Ich komme aus einer Stadt, Berlin, die nicht zu den reichsten gehört, wie alle inzwischen wissen, sondern 60 Milliarden Schulden hat. Aber wenn man die Hälfte aller Jugendprojekte schließt und dann Krokodilstränen darüber weint, dass die jungen Leute

keine Perspektive mehr haben, dann ergibt das ein bestimmtes Gesamtbild.

Ich glaube also, dass in den Tarifaueinandersetzungen der nächsten Monate auch eine Chance liegt. Und ich glaube, dass bestimmte Leute bei ver.di bereit sind, den Zusammenhang von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu praktizieren. Insgesamt muss man sagen, das Interesse an sich selbst, das Interesse an der eigenen Organisation ist nach wie vor dominierend und der Öffnungsprozess hält sich in engen Grenzen.

Die Linke hat ein formales Verhältnis zu sozialen Bewegungen

Schauen wir uns noch mal DIE LINKE an, was sich da ergibt. Wenn man einzelne Akteure an der Spitze anschaut, von Oskar Lafontaine bis Lothar Bisky, dann tritt man ihnen wirklich nicht zu nah, wenn man behauptet, sie haben mit sozialen Bewegungen eigentlich nichts im Sinn, nichts im Sinn, gar nichts! Das ist bei Teilen der Bundestagsfraktion ein bisschen anders, Namen wie Katja Kipping und ähnliche stehen für eine andere Richtung, aber der Normalisierungsprozess dieser Partei und die Fixierung auf den Parlamentarismus sind schon ziemlich beängstigend. Das, wozu die Grünen 10 Jahre gebraucht haben, das hat DIE LINKE offenkundig schon in 18 Monaten hinter sich gebracht! [zum „Normalisierungsprozess“ siehe etwa das Buch „Die normalisierte Nation - Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland“ von Marcus Havel]

Die Frage, wie ein vernünftiges Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften aufgebaut werden kann, ist auch von der Linkspartei im Grunde genommen nicht beantwortet, auch vom Programmatischen nicht. Ich will durchaus anerkennend sagen, dass Oskar Lafontaine und andere bei der Frage Privatisierung ziemlich Kante zeigen – während gleichzeitig die Berliner Privatisierung durchziehen, in der gleichen Partei. Es ist schon sehr widersprüchlich. Aber da gibt es auch Positionsbestimmungen, die durchaus optimistisch stimmen. Aber die Verbindungen zu den sozialen Bewegungen, das man merkt man immer dann, wenn man etwas zusammen macht, ist ziemlich instrumentell, etwa bei der Demonstration bei der Friedensbewegung gegen den Irak-Krieg bzw. den Afghanistan-Konflikt in Berlin, das war schon ein Instrumentalisierungsversuch der Partei DIE LINKE, was die Friedensbewegung betrifft. Und da alles so bedrohlich angesehen wird, dass da mal gerade was mit 7000 Leuten versammelt war aus der ganzen Republik, ist das natürlich sowohl für die Bewegung als auch für die Partei relativ blamabel. Denn die Partei DIE LINKE hatte Geld gegeben, aber auf die Mobilisierung weitgehend verzichtet. Und so ist es im Grunde genommen bei den Hartz-IV-Protesten auch

gewesen. Die Hartz-IV-Proteste waren so lange interessant solange die Landtagswahlen anstanden. Als die Landtagswahlen aber vorbei waren, dann war es ziemlich zu Ende mit der Unterstützung. Ich will auch nicht verhehlen, dass die Partei DIE LINKE, was ich für eine linke Partei für einen Skandal halte, alles Ernstes sich daran bewegt, *auch* 420,- Euro Regelsatz zu fordern. Das ist ja *unglaublich* links! Ist ja *unglaublich* radikal! Und dann das Maul hält über die Frage von Zwangsumzügen und weitgehend den Mund hält über die bürokratische Repression und ähnliches mehr. Der Normalisierungsprozess hat schon stark eingesetzt, was nicht heißt, dass Minderheiten in der Fraktion und auch in der Basis sich anders orientieren. Aber man muss sagen, dass die Parteiführung und die Fraktionsführung im Bundestag das Heft weitgehend in der Hand hat und jene, die versuchen, zu Gewerkschaften und den Bewegungen engeren Kontakt zu halten, in der Minderheit sind. Bei den Gewerkschaften organisiert man den Annäherungsversuch auf den Hintertreppen der Gewerkschaftsgebäude. Man trifft sich sehr wohl, aber man übt Stillschweigen darüber, dass man sich getroffen hat. Vielleicht noch mit Annelie Buntenbach, aber das reicht dann wirklich! Also, da ist eine heimliche Kooperation im Gange. Aber Sommer ist klar auf der Linie, die Revitalisierung der Kooperation zwischen SPD und Gewerkschaften hinzubekommen. *Aber nun, aber hallo, aber ganz heftig!* Während das in der IG Metall und bei ver.di sehr viel differenzierter verläuft. Von daher könnte man sich überlegen, ob der Annäherungsprozess zwischen den Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE möglicherweise besser verläuft als zu den neuen sozialen Bewegungen, was aber möglicherweise – leider – dazu führt, dass es, wenn sich die Partei DIE LINKE und die sozialen Bewegungen irgendwie besser arrangieren, auf Kosten der sozialen Bewegungen geht. Dann haben nämlich beide ein Interesse daran, die sozialen Bewegungen zu instrumentalisieren und mit ihnen im Grunde genommen nicht als fester Kraft zu rechnen.

Linke mit radikaler Zuspitzung

So komme ich zum Schluss. Das heißt, ich habe Ihnen nicht angeboten ein wunderbares Szenario darüber, wie sich diese Dynamiken entwickeln, ich habe eher die Stolpersteine, zuweilen auch etwas überspitzt und ironisch gewürzt, dargestellt. Aber wir sind im Grunde genommen nicht in einer schlechten Situation. Nicht nur deshalb, weil doch einigermaßen seriöse empirische Untersuchungen zeigen, dass wir, und das finde ich faszinierend, einem Trommel von neoliberaler Politik ausgesetzt sind, egal ob Privatisierung, egal ob Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, egal ob Standortkonferenz, aber diese Lümmel von Bürgerinnen und Bürgern diesen ganzen Quatsch in vieler Hinsicht nicht für mehrheitsfähig halten, das finde ich doch spannend! Wir haben nun seit 2003 und 2004 gehört, dass diese neoliberale Sozial- und Arbeitsmarktpolitik etwas ganz Tolles sein soll und dass man in den 1. Arbeitsmarkt kommt und dass jeder, wenn jeder seines Glückes Schmied ist, daraus auch was werden wird. Aber die Leute glauben es in ihrer Mehrheit nicht, und das ist bei der Privatisierung ganz genau so. Nachdem die Leute erleben, meinetwegen in Berlin, dass sie für Wasser in fünf Jahren 27 % mehr bezahlen, ja, da kann man doch zur Privatisierung, und wenn man dann noch gleichzeitig erfährt, dass es die Privatkonzerne eingesteckt haben, und beim Energiekonzern, wie attac es schon in seinem Konzept so richtig macht, es ähnlich aussieht, dann kann man doch nicht dagegen sein! Das heißt, es ist nicht so, dass wir ohne Potenzial sind, aber das Potenzial, was sich zur Wehr setzt, wirklich zur Wehr setzt, phantasievoll, strategisch, mit zivilem Ungehorsam, das drückt sich nicht aus. Und da liegt die Arbeit, die wir, egal ob wir bei der Partei DIE LINKE oder bei attac oder bei den sozialen Bewegungen sind. Da müssen wir ansetzen und die wieder zuspitzen, versuchen entsprechend zu organisieren. Und ich hoffe auch, dass diese unterschiedlichen Vorstellungen, die nach Heiligendamm auf verschiedenen Konferenzen und anderswo verarbeitet werden, wieder den Mut erzeugen. Wir brauchen nichts wichtiger, als dass wir gesellschaftliche Konflikte wirklich zuspitzen. Bahnprivatisierung ist alles ganz gut. Ich bin dafür, dass wir die ICEs stoppen! Was denn sonst? Wenn da noch irgendeine Maus aufsteht, die

diese Privatisierung immer noch haben will, warum denn eigentlich? Da werden wir doch mal diese Form von Regelverletzung machen, die sicherlich etwas gewagt ist, und die Strafen, wie ich weiß, als Mensch, der solche Strafen schon mehrfach bezahlen musste, die sind ganz erheblich. Aber da müssen wir einfach zulegen, bei den Sozialprotesten eigentlich ähnlich in diese Richtung. Und die Kölner haben es uns neulich vorgemacht, wie man eine Arbeitsagentur zum Ersten eines Monats mehr oder minder schließt, und die Repression, jedenfalls zu einem kleinen Teil, herauskommt. Also, wir haben eigentlich keine Situation, wo wir mit den Dackelohren, mit den gesenkten Dackelohren herumlaufen und sagen, uns geht es ganz fürchterlich schlecht. Ich finde, es gibt genug Menschen, die sich mobilisieren lassen und die auch gerne etwas tun in diese Richtung. Und ich würde gerne mit euch, wenn es denn irgendwie in drei oder fünf Monaten geht und ihr in dieser Konstellation, in der ihr hier sitzt, auch etwas macht, würde ich mich gerne als Berater bei euch andienen, um solche zugespitzten Aktionen zivilen Ungehorsams tatsächlich durchzuführen.

Ich danke euch fürs Zuhören!

Biographische Notiz

Peter Grottian kam am 27. Mai 1942 in Wuppertal zur Welt und wuchs im Rheingau auf. Das Examen absolvierte er 1969 in Berlin. Anschließend wurde er Lehrbeauftragter an der Universität München. Als sein Vertrag nicht verlängert wurde, engagierte er sich gegen Berufsverbote. 1974 setzte er seine Karriere fort mit einer Position als Assistenzprofessor in Berlin. 1979 wurde er Professor für Staats- und Verwaltungspolitik am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin. Ab 1985 war er nur noch Teilzeithochschullehrer, nachdem er gemeinsam mit dem Kollegen Wolf-Dieter Narr auf ein Drittel ihrer jeweiligen Einkommen verzichtet hatte, um eine Professur für Feminismus zu ermöglichen. Im Juni 2007 nahm er 65-jährig seinen Abschied als Hochschullehrer am Otto-Suhr-Institut.

Bekannt wurde und ist Grottian für sein außerparlamentarisches soziales Engagement in Berlin und weit über Berlins Grenzen hinaus, nicht zuletzt auch in Mainz, wo er am 2. Januar 2007 als Redner bei der Aktion „Waschen und Rasieren - Kurz Beck gibt uns einen Job“ gegen Hartz IV antrat und damit das Erwerbslosen Forum Deutschland, die WASG Mainz, die Linkspartei.PDS Mainz und viele andere vor Ort unterstützte. Dabei ist er trotz seiner unbedingten Befürwortung der gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretung zugleich einer der aktivsten Gewerkschaftskritiker, indem er die Gewerkschaften mit konstruktiven Vorschlägen auf ihre Rolle hinweist und zu ihrer konsequenten Wahrnehmung mahnt. Berühmt wurde er für sein Engagement um das Sozialticket bei den Berliner Verkehrsbetrieben, das er mit Schwarzfahraktionen und Aufrufen zum Schwarzfahren mit Leben erfüllte, während sich sein Konto eher leerte, weil er sich bereit erklärt hatte, anfallende Strafgebühren (das „erhöhte Beförderungsentgelt“) aus eigener Tasche zu übernehmen. Besondere Medienaufmerksamkeit erregte die Bespitzelung seiner Person und seines Umfeldes durch den Verfassungsschutz und seine energische Gegenwehr.

Seine wichtigsten Themen sind die Rückeroberung des öffentlichen Raumes, Mittel des zivilen Ungehorsams und die Sozialforumsbewegung, die er in Berlin maßgeblich mitentwickelt. Peter Grottian nimmt kein Blatt vor den Mund. Die „Agenda 2010“ etwa sei ein „Ausdruck interessierter Unverantwortlichkeit“, der SPD wirft er „prinzipienfeste soziale Verantwortungslosigkeit“ vor, und in seiner aufgrund seiner Profession als Stammdisziplin geltenden Hochschulpolitik stellt er klar: „Bachelor macht dumm“.

Quellen:

Wikipedia-Artikel „Peter Grottian“

„Der Professor für das Politische“, taz vom 08. Juni 2007

In der Reihe „Linkswärts, Mainzer Hefte für ein linke Politik“ sind bisher erschienen:

Heft 1: Friedrich Voßkühler, Neoliberalistische Globalisierung. Mai 2006 (vergriffen)

Heft 2: Peter Scherer, Wie viele Menschen braucht das Kapital. Juli 2006

Heft 3: Peter Scherer, Wem gehört der 9. November? Januar 2007, 2. Auflage: November 2007

Heft 4: Friedrich Voßkühler und Karl Voßkühler, Die politische Position der Linken: Ein radikaler Reformismus. Juni 2007

Heft 5: Peter Grottian, Chancen einer neuen Dynamik von linken sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Januar 2008

Die Hefte können bestellt werden bei:

Verein Linkswärts

info@linkswaerts.de

Kontakt

Verein Linkswärts
c/o Heshmat Tavakoli
Postfach 3952
55029 Mainz
E-Mail: info@linkswaerts.de

Webseite: www.linkswärts.de

(oder <http://www.xn--linkswrts-02a.de/>
für Nutzer des IE6-Browsers)

Der Verein **Linkswärts**

lädt ein zur Diskussion

***Chancen einer neuen
Dynamik von linken
sozialen Bewegungen
und Gewerkschaften***

Referent:

Prof. Dr. Peter Grottian

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
der FU Berlin – Sozialforum Berlin

Samstag, 24. November 2007, 18 Uhr

im Vereinsraum des Frankfurter Hofes
Augustinerstraße 55, Mainz
Eingang in der Badergasse

**Diese Veranstaltung wird bisher unterstützt von:
DFG-VK Mainz, attac Mainz, AntiFa Nierstein, Verein für
Freiheit und Solidarität e. V. Mainz, AttacCampus**